



Enlazando Alternativas 2 América Latina, Europa y el Caribe

ALTERNATIVENGIPFEL

AUFRUF NACH WIEN

Zum vierten Mal seit 1999 wird im Mai 2006 in Wien im Rahmen der EU-Präsidentschaft Österreichs ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU), der Staaten Lateinamerikas und der Karibik stattfinden, welches das wichtigste Forum für die Vertiefung der politischen Beziehungen zwischen beiden Kontinenten darstellt. Parallel zu diesem offiziellen Gipfel werden **soziale Bewegungen, Nicht-Regierungsorganisationen und andere Akteure** den **Alternativengipfel „Enlazando Alternativas 2“** abhalten.

Durch die mehr als drei Jahrhunderte andauernde koloniale Ausbeutung hat Europa eine historische Schuld in Bezug auf Lateinamerika und die karibischen Staaten, welche neben dem Genocid einer Vielzahl indigener Völker auch die Plünderung der Reichtümer des Subkontinentes beinhaltet. Trotz der unzähligen Kämpfe und Widerstandsbewegungen, welche die Geschichte Lateinamerikas und der Karibik prägen, ist die Souveränität der Völker und Nationalstaaten schwächer als je zuvor. Die Demokratisierungsprozesse im „neuen Kontinent“ sind nach wie vor sehr fragil und unzureichend. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt in extremer Armut und ist Opfer von Marginalisierung, Ausbeutung und Repression. Während es für die Verbrechen der Machthaber und Eliten vielfach Straffreiheit gibt, werden die sozialen Proteste kriminalisiert.

In der Realität Lateinamerikas zeigt sich auch die Geschichte der Dominanz des Nordens, in welcher die europäischen Regierungen – und jene der USA – große Verantwortung für die von ihnen geförderte Abhängigkeit und die Ungleichheit in den Beziehungen haben. Dies geschah vielfach in enger Komplizenschaft mit den lokalen Regierungen in Lateinamerika und der Karibik. Heute findet dieses Ungleichgewicht seine Fortsetzung in den bi-regionalen und bilateralen Freihandelsabkommen, welche Freiheit für Investitionen, Handel und Finanzflüsse garantieren, während Menschenrechte und demokratische Werte zwar in den offiziellen Deklarationen vorkommen, aber meist nicht mehr als Lippenbekenntnisse bleiben.

Ein Jahr nach der Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedsstaaten hat diese mit einer der größten Krisen in ihrer Geschichte zu kämpfen. Im Zuge dieses Erweiterungsprozesses wurde die Chance vergeben, das politische Projekt EU um eine starke soziale, solidarische und auf die fundamentalen Rechte der MigrantInnen und Flüchtlinge ausgerichtete Perspektive zu erweitern.

Im vorliegenden Verfassungsentwurf, welcher von allen Mitgliedsstaaten ratifiziert werden muss, stehen Unternehmens-, Handels-, Finanz- und militärische Sicherheitsinteressen im Vordergrund. Das „Nein“ mit dem die Bevölkerung Frankreichs und den Niederlanden gegen den Verfassungsvertrag gestimmt hat, verdeutlicht die tiefe Kluft zwischen den Hoffungen und Erwartungen der Bevölkerung und dem gegenwärtigen Wirtschaftsmodell, dem die EU sowohl im Innern, als auch in ihren Beziehungen zu anderen Regionen folgt. Nach dem Scheitern des Referendums in Frankreich und den Niederlanden fehlt den politischen FührerInnen Europas ein Projekt des Wandels und der Neuorientierung. Stattdessen verfolgen sie weiterhin die „Lissabon Agenda“, die aus dem gleichen neoliberalen Blickwinkel

heraus wirtschaftliche und politische Richtlinien vorantreiben möchte, welche die Krise im „alten Kontinent“ noch verstärken werden.

Deregulierung, Privatisierung und Freier Handel sind das Credo des Neoliberalismus, der ein „Entwicklungsmodell“ propagiert, das die Souveränität der Nationalstaaten in Bezug auf die Gestaltung der Entwicklungs- und Sozialpolitik beschneidet und das auf Widerstand seitens der Bevölkerung mit Repression reagiert.

Ogleich dieses Modell in beiden Kontinenten um sich greift, wird die Bevölkerung in vielen Ländern Lateinamerikas und der Karibik ihrer fundamentalen Menschenrechte beraubt, indem ihr der Zugang zu Wasser, Bildung, Arbeit, Nahrung und einem funktionierenden Gesundheitswesen erschwert bzw. unterbunden wird, worunter besonders Frauen und Kinder zu leiden haben.

Zugleich werden unzählige natürliche Ressourcen, Quellen der Energie und des Lebens von rücksichtslosen transnationalen Konzernen ausgebeutet. Zu den GewinnerInnen dieses Prozesses zählen auf beiden Seiten des Atlantiks (neben US-amerikanischen) vor allem europäische Großunternehmen, die sich an den Privatisierungen - insbesondere des Wassers und der öffentlichen Dienstleistungen - ebenso bereichern, wie an den Banken, Finanzinstitutionen und natürlichen Ressourcen.

Im Laufe der letzten zehn Jahre haben sowohl die EU, als auch ein Großteil der Regierungen Lateinamerikas auf eine Reihe bi-regionaler und bilateraler Verträge gesetzt, die den transnationalen Konzernen einen rechtlichen Rahmen für ihre Aktivitäten geben. Wenngleich diese Verträge einige Kapitel im Bereich der Kooperation und Entwicklung beinhalten, sind diese den Wirtschafts- und Handelsinteressen der europäischen Konzerne untergeordnet. Dies zeigt sich speziell in den Freihandelsabkommen zwischen EU-Mexiko, EU-Chile, sowie in den laufenden Verhandlungen zwischen der EU und dem Mercosur. Diese Abkommen spiegeln primär die Wünsche der europäischen transnationalen Konzerne wieder, indem in den Bereichen Handel, Investitionen, geistige Eigentumsrechte und Dienstleistungen Regelungen getroffen werden, die eine weitere Liberalisierung dieser Bereiche vorantreiben. Dadurch wird aber die nationale Gesetzgebung untergraben und unter der Prämisse „Wettbewerbsfähigkeit“ eine enorme Rivalität zwischen ArbeitnehmerInnen erzeugt.

„Trade, not aid“, „politischer Dialog“, und „Kooperation“ lauten die Schlagwörter, mit denen die EU einen „Kapitalismus mit menschlichem Gesicht“ zu etablieren vorgibt. Hinter der Rhetorik der Forderung nach „Nachhaltiger Entwicklung“ und Menschenrechten verbergen sich jedoch hartgesottene europäische Wirtschaftsinteressen und große exportorientierte lateinamerikanische Interessensgruppen, die nicht bereit sind zurückzustecken, insbesondere was Investitionen, sowie den Handel mit Agrarprodukten und Dienstleistungen betrifft.

Gegenüber diesem, sich in unseren Regionen rasch ausbreitenden Neoliberalismus haben soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Organisationen aus Lateinamerika und Europa beschlossen, Widerstand zu leisten. Denn diese Art von Handelsverträgen fördert und verstärkt die asymmetrischen Beziehungen zwischen den Kontinenten. Soziale Bewegungen und Organisationen haben sich seit Mai 2004 zusammengeschlossen, um bi-regionale Aktivitäten gegen die neoliberale Agenda der Regierungen voranzutreiben.

Im Mai 2004 wurde deshalb in Guadalajara der erste Alternativengipfel **„Enlazando Alternativas“** abgehalten.

Heute wie damals sind wir davon überzeugt, dass es nötig ist, in Übereinstimmung mit den Völkern Lateinamerikas und Europas folgende Ziele zu erreichen:

- **Aufbau einer bi-regionalen politischen Bewegung**, die soziale und entwicklungspolitische Netzwerke, NGOs, kirchliche Gruppen, Menschenrechtsorganisationen, globalisierungskritische Bewegungen, Solidaritätsgruppen, Gewerkschaften, Land- und Arbeitslose, Campesinos, politische,

indigene und ökologische Organisationen, StudentInnen, Intellektuelle und KünstlerInnen beider Kontinente vereinen soll. Diese Bewegung möchte die gegenwärtigen Kämpfe, Widerstandsaktivitäten und alternative Visionen zusammenführen und die soziale Unzufriedenheit öffentlich sichtbar machen.

- Widerstand zu leisten gegen die **Auswirkungen des neoliberalen Modells** auf beiden Seiten des Atlantik; insbesondere gegen die Wirtschaftspolitik der europäischen Konzerne und Regierungen in Lateinamerika und die Bestrebungen der EU-Kommission, welche die sozialen Errungenschaften sowohl in Lateinamerika als auch in Europa unterminieren. Dies beinhaltet die Forderung an die Regierungen Menschenrechte als integralen Bestandteil von Entwicklung zu respektieren wie es in der UN-Deklaration vom Jahr 1986 zum Ausdruck kommt. Dort ist festgehalten, dass jede Entwicklung zivile, politische, soziale, wirtschaftliche, kulturelle Rechte und das Recht auf eine saubere Umwelt ebenso beinhalten muss, wie das gemeinsame Bekenntnis zu Frieden, Respekt für Selbstbestimmung und Souveränität der Staaten.
- **Entwicklung einer positiven Agenda** mit gemeinsamen Projekten und Alternativen.
- Eine **breite Beteiligung** an diesem Alternativengipfel zu ermöglichen und die sozialen Bewegungen beider Kontinente zusammenzuführen. Auf diese Weise sollen die Themen des offiziellen Gipfels ebenso bekannt gemacht und diskutiert werden wie die Alternativvorschläge zur Politik der EU und der lateinamerikanischen Regierungen.
- **Gemeinsame Räume für die Analyse der Beziehungen EU-Lateinamerika** zu schaffen, speziell was die Aktivitäten der multinationalen Konzerne betrifft. In diesem Zusammenhang wird es ein „**Tribunal der Völker**“ geben, welches das Verhalten der europäischen transnationalen Konzerne in Europa und Lateinamerika anprangert und öffentlichen Druck erzeugt.

Im Mai 2006 werden während der vier Tage des Alternativengipfels in Wien die Verträge zwischen Lateinamerika und der EU analysiert, deren Entwicklungspolitik und die Militarisierung in beiden Kontinenten in Frage gestellt und ein Tribunal der Völker veranstaltet, im Rahmen dessen die Machtmechanismen der europäischen transnationalen Konzerne in Lateinamerika und Europa untersucht werden sollen.

Den Abschluss dieser Großveranstaltung wird eine Demonstration am 13. Mai 2006 bilden, welche die *Einheit in der Vielfalt* der sozialen, politischen, feministischen, antirassistischen und ökologischen Kämpfe in Europa und Lateinamerika vor einem breiteren Publikum zum Ausdruck bringen soll.

Die unten genannten Organisationen laden alle AktivistInnen und SympathisantInnen sozialer und entwicklungspolitischer Netzwerke, globalisierungskritische Bewegungen, kirchliche Gruppen, Gewerkschaften, Land- und Arbeitslose, Indigene, KünstlerInnen und Intellektuelle Lateinamerikas und Europas ein,

von 10.- 13. Mai 2006 nach Wien

zum ALTERNATIVENGIPFEL zu kommen und sich an den Diskussionen um eine friedliche, demokratische und sozial gerechte transatlantische Allianz auf Grundlage der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker aktiv und solidarisch zu beteiligen.

Insbesondere ergeht dieser Aufruf an die am *Europäischen Sozialforum* im April 2006 in Athen und am *Foro Social de las Americas* im Januar 2006 in Caracas beteiligten Organisationen und Netzwerke, deren Geist und Energie bereits die Vorbereitungen zu diesem ALTERNATIVENGIPFEL begleitet haben.

EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH!

www.alternativas.at

Kontakt und Informationen:

E-mail: office@alternativas.at

TrägerInnen Österreich:

- Attac
- DKA (Dreikönigsaktion)
- Iglá (Informationsgruppe Lateinamerika)
- Südwind Wien
- Versöhnungsbund
- Frauensolidarität
- Mexio-Plattform

Latin America & Caribbean

- Hemispheric Social Alliance (HSA)
- Red de Mujeres Transformando la Economía
- Red Internacional de Género y Comercio (IGTN)
- Rede Brasileira Pela Integração dos Povos - (REBRIP Brasil)
- Campanha Brasileira de Luta contra a ALCA
- Alianza Chilena por un Comercio Justo y Responsable (Chile)
- FOCO/Foro Ciudadano de Participación por la Justicia y los Derechos Humanos (Argentina)
- Red Mexicana de Acción Frente al Libre Comercio (México)
- REDES, Uruguay
- Red Colombiana de Acción Frente al Libre Comercio (Colombia)
- Encuentro Popular (Costa Rica)
- ASC- Peru
- Fuerza Bolivariana de Trabajadores - Venezuela

Europe

- Transnational Institute (TNI). The Netherlands
- Observatorio de la Deuda en la Globalización. Spain
- Centro de Investigación y Documentación Chile-América Latina (FDCL). Germany
- France Amérique Latine (FAL) France
- OSPAAAL (Spain)
- Mani Tese (Italy)
- CNCD (Belgium)

ORGANISATIONS Supporting

- Common Frontiers Canada
- Alliance for Responsible Trade – ART United States

UnterstützerInnen Österreich:

International beteiligte Organisationen:

Europäische Koordination: Brid Brennan (TNI/ Amsterdam), E- mail: bridbrennan@tni.org

Lateinamerikanische Koordination: Gonzalo Berron (Hemispheric Social Alliance/ São Paulo), E –mail: secr.asc@cut.org.br

- Red de Mujeres Transformando la Economía
- Red Internacional de Género y Comercio (IGTN)
- Rede Brasileira Pela Integração dos Povos - (REBRIP Brasil)
- Campanha Brasileira de Luta contra a ALCA
- Alianza Chilena por un Comercio Justo y Responsable (Chile)
- FOCO/Foro Ciudadano de Participación por la Justicia y los Derechos Humanos (Argentina)
- Red Mexicana de Acción Frente al Libre Comercio (México)
- REDES, Uruguay
- Red Colombiana de Acción Frente al Libre Comercio (Colombia)
- Encuentro Popular (Costa Rica)
- ASC- Peru
- Observatorio de la Deuda en la Globalización. Spain
- Centro de Investigación y Documentación Chile-América Latina (FDCL). Germany
- France Amérique Latine (FAL). France
- OSPAAAL

ORGANISATIONS Supporting

- Common Frontiers Canada
- Alliance for Responsible Trade – ART United States